Kreis bleibt nicht auf Hochwasser-Kosten sitzen

Die Prignitz kann hoffen, im Großen und Ganzen nicht auf den Kosten für den Hochwassereinsatz sowie den zu begleichenden Schäden sitzen zu bleiben - dank des von Bund und Ländern aufgelegten Aufbauhilfefonds.

VORIGER ARTIKEL

Zu Besuch bei den Neulandgewinnern

NÄCHSTER ARTIKEL

Tierpark-Randalierer klauen Siebenschläfer

Artikel veröffentlicht: Dienstag, 27.08.2013 18:58 Uhr

Artikel aktualisiert: Dienstag, 27.08.2013 20:11 Uhr

Das Wasser in der Prignitz war im Juni teilweise über die Deiche getreten, wie hier in Breese.

Quelle: dpa

Perleberg. Was die Kosten des Hochwassers betrifft, kommt der Landkreis noch einmal mit einem blauen Auge davon, wie es Kämmerer Sven Dahnke am Montagabend im kreislichen Finanzausschuss formulierte.

Nach den Richtlinien, die vom Brandenburger Infrastrukturministerium jetzt herausgegeben wurden, sollen die Schäden, die dem Landkreis und den Kommunen entstanden sind, zu 100 Prozent erstattet werden. Dabei geht es vor allem um zerstörte oder beschädigte Infrastruktur wie Straßen oder Sportanlagen. Private können hingegen nur mit einem 80-prozentigen Schadensersatz rechnen. Für Härtefalle soll es jedoch Ausnahmeregelungen geben. Diese könnten etwa für mittellose Rentner gelten, die einen Eigenanteil von 20 Prozent zur Wiederherstellung ihres Hauses nicht aufbringen können.

Spendengelder, die Private bekommen haben, werden allerdings erst ab einer bestimmten Höhe in Betracht gezogen. Sie werden solange nicht angerechnet, solange sie nicht den Eigenanteil von 20 Prozent der Schadenssumme überschreiten.

Wer beispielsweise Spenden in einer Höhe bekommen hat, die 30 Prozent des Schadens ausmachen, kann nur 70 Prozent aus dem Aufbauhilfefonds bekommen. Denn der Schaden ist damit voll beglichen.

Die Anträge zur Schadensregulierung wird die ILB - die Investitionsbank des Landes Brandenburg - bearbeiten. Der Landkreis ist jedoch für Kommunen und Private als vorprüfende Einrichtung vorgeschaltet. Industriebunternehmen und Gewerbetreibende wenden sich direkt an die ILB. Falsche Angaben etwa über die Höhe erhaltener Spenden können den ganzen Antrag gefährden, merkte der Kämmerer an. Für die Landwirtschaft, wo die größten Schäden entstanden sind, gilt ein Sonderprogramm zur Entschädigung.

Die Ilb plant eine Veranstaltung in Breese, in der Bürgern die Antragstellung erklärt wird und in der auch Anträge ausgereicht werden sollen. Zu dieser Veranstaltung sind alle vom Hochwasser Geschädigten eingeladen - also auch aus Bälow oder Scharleuk. Dies soll im September geschehen, der genaue Termin soll noch bekannt gegeben werden. Auch die Aufwendungen des Landkreises für den Katastrophenschutz werden bis auf die eigenen Personalkosten des Kreises erstattet. Der Landkreis geht von einer

Gesamtsumme von 22 Millionen Euro aus, die für die Bekämpfung des Hochwassers und dessen Schäden aufgewendet wurden. Darunter fallen solche Posten wie die Bereitstellung von Sand oder die von Unternehmen durchgeführten Transportfahrten. Hier treffen noch immer zahlreiche Rechnungen in der Kreisverwaltung ein. Abzüglich der Personalkosten rechnete der Landkreis mit einer Schadensregulierung in einer Höhe von etwa 18,3Millionen Euro aus dem Aufbauhilfefonds.

Der Landkreis Prignitz hat bis zum 30.Juli eine Soforthilfe für Flutopfer gewährt. Insgesamt wurden über 202000Euro ausgezahlt. Davon entfielen 128.000 Euro für Landwirtschaftsbetriebe, 57.000 Euro für Gewerbeunternehmen sowie 18.000 Euro für Private. Darüber hinaus flossen über den Landkreis an die Betroffenen Spendengelder.

Hans-Werner Lemm (Kreisbauernbund) erkundigte sich, was aus den 100.000 Euro an Spenden geworden ist, die nach dem letzten Hochwasser übrig waren. Wie der Kämmerer erklärte, ist dieser Betrag nahezu vollständig ausgezahlt worden. Allein 85.000 Euro seien als Soforthilfe an Breeser Bürger geflossen. Hans-Werner Lemm mahnte, es sollte diesmal von den Spenden nichts übrig bleiben; sie sollten lieber für Härtefälle verwendet werden.

Das Fazit von Kreiskämmerer Sven Dahnke fiel gemischt aus. Es sei schon erfreulich, dass der angespannte Prignitzer Kreishaushalt nicht mit dem Kosten des Hochwasser zusätzlich belastet werde. Bedauerlich sei allerdings, dass die Schadensregulierung so lange dauert.

Von Michael Beeskow